Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 23 (2016)
Heft: 258

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Perspektiven

Bergen
Ausserrhoden
Toggenburg
Rheintal
Kinder und Krisen
Atomkraft
Rapperswil-Jona

Nordische Gelassenheit

TEXT UND BILDER: TIMO POSSELT

Meine Mitbewohnerin blickt nachdenklich von ihrem Laptop auf und zögert lange, bis sie antwortet. Ich habe sie gerade gefragt, wie sie damals die Terroranschläge von Anders Behring Breivik erlebt hat. Schliesslich antwortet sie: «Ich hätte nicht gedacht, dass es schon so lange her ist.» Dieser Freitag vor fünf Jahren ist immer noch tief im kollektiven Bewusstsein Norwegens verankert. Wenn bei uns die Ziffern «9/11» ausreichen, um einen ganzen weltpolitischen Komplex zu beschwören, so nennt man Breiviks Attentat in Norwegen nur «22. Juli» oder wie er in dieser melodiösen Sprache heisst: «schüä andre jüli».

An diesem frühen Nachmittag vor fünf Jahren parkierte Anders Behring Breivik einen Laster mit fast 1000 Kilogramm Sprengstoff vor dem Regierungsgebäude in Oslo und tötete damit acht Menschen. Als er sich danach in ein wenige Meter daneben parkiertes Auto setzt und Oslo verlässt, schaltet er das Radio ein. Er hört von den acht Toten und betrachtet sein Attentat als fehlgeschlagen. Breivik entscheidet sich erst zu diesem Zeitpunkt definitiv, nach Utøya zu fahren. Dort besteigt er in einer Polizeiuniform die Fähre, plaudert mit den Mitfahrenden und erschiesst sie auf der anderen Seite. Auf Utøya ermordet Anders Breivik insgesamt 69 Menschen. Die meisten davon sind junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendcamps der norwegischen Arbeiterpartei.

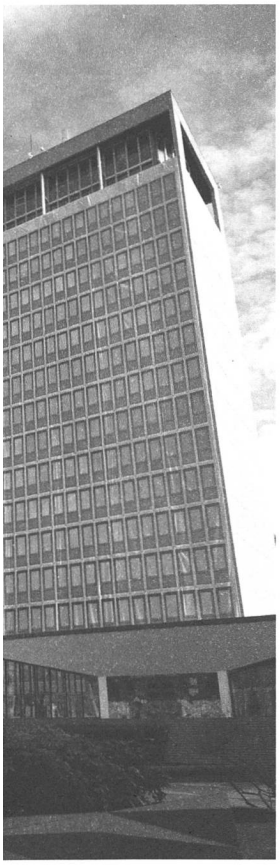
Die Antwort: noch mehr Demokratie

Das Attentat ist kein Thema, das man gern auf einer Party erwähnt. Kommt man aber mit den Menschen hier darüber ins Gespräch, fällt auf, wie viele von ihnen über eine Ecke jemanden kennen, der oder die auf Utøya war oder dort ermordet wurde. Allein das lässt hier niemanden das Attentat vergessen. Am Abend des Anschlags reagiert der damalige Ministerpräsident Jens Stoltenberg wie folgt: «Wir dürfen niemals unsere Werte aufgeben. Wir müssen zeigen, dass unsere Gesellschaft auch diese Prüfung besteht. Dass die Antwort auf Gewalt noch mehr Demokratie ist. Noch mehr Menschlichkeit. Aber niemals Naivität.»

Angesichts der Reaktion des Sozialdemokraten François Hollande nach den Anschlägen von Paris im November 2015 ist Stoltenbergs Reaktion noch bemerkenswerter. Frankreichs Ausnahmezustand hält immer noch an. Der norwegische Staat hingegen wurde erst diesen Frühling erstinstanzlich verurteilt, weil er seinen Gefangenen Anders Breivik in der Isolation «unmenschlich» behandle. In seinen drei Zimmern verfügt Breivik über mehrere Fitnessgeräte, Bücher, eine Schreibmaschine und Unterhaltungselektronik. Dennoch beschwerte er sich im Verfahren über die veraltete Playstation 2, das Plastikbesteck, Gefängnisessen und die unergonomischen Gummi-Stifte. Das Urteil hingegen kritisierte vor allem Breiviks Isolation. Dennoch überraschte es damals viele, auch die Überlebenden von Utøya. Doch fast einstimmig kommentierten sie, dass es trotz wackeliger Urteilsbegründung vor allem die Stärken des norwegischen Rechtsystems aufzeige.

Zahlreichen Kommentatoren namentlich in den USA war so viel Entgegenkommen gegenüber einem Massenmörder unverständlich. Doch in Norwegen wird der verlorene Prozess gegen Breivik als demokratischer Sieg über ihn gefeiert: Schliesslich hat Breivik mit dem Prozess die demokratischen Institutionen um Hilfe gebeten, die er einst attackierte. Schreibt nun «Das Magazin» in einer Buchrezension «In Norwegen gibt es fünf Jahre nach den Anschlägen vom 22. Juli nur noch eine Haltung: Die Menschen wollen nichts mehr davon hören», ist das heillos übertrieben. Es ist unreflektierte Reklame für das von der «New York Times» bejubelte Buch zu den Anschlägen: *Einer von uns* von Åsne Seierstad. Im Gegensatz zum Erfolg im Ausland blieb es in der Heimat eine unter vielen Publikationen zu den Anschlägen. Seierstad beschreibt darin Breiviks Kindheit, die Vorbereitungen und die Ausführung der Tat minutiös. Sie

Regierungsgebäude in Oslo



zeigt einen zutiefst narzisstischen Mörder. Norwegens spärliches Interesse daran lässt sich so erklären, dass man hier dem Massenmörder nur genauso viel Aufmerksamkeit einräumen möchte, wie es ein funktionierender Rechtsstaat und das Andenken an die Opfer verlangen. Dennoch hat Seierstads Buch auch in Norwegen seine Berechtigung in der Analyse, im Titel: *Einer von uns*. Anders Breivik attackierte die norwegische Gesellschaft in ihrer Mitte, und aus dieser ist auch er selbst entsprungen. Eine Einsicht, die zum Beispiel Frankreich abgeht: Dort wurden nach den Anschlägen vom 13. November 2015 Luftangriffe gegen Stellungen des IS in Syrien geflogen, während die Täter in französischen und belgischen Vororten aufgewachsen waren.

Mit der Tracht am Nationalfeiertag

Das ganzheitliche Gesellschaftsverständnis im Umgang mit den Anschlägen ist vielleicht auch der Schlüssel für die norwegische Begeisterung für den Nationalfeiertag. Am 17. Mai traf sich mein gesamter linker, studentischer Freundeskreis in Bergen in Trachten und mit Fähnchen zum Brunch. Formell wurde die Verfassung gefeiert und die Tatsache, dass man hier für Demokratie und Gleichstellung ist – insgeheim feierte man wohl auch die 650 Milliarden im staatlichen Öl-Fonds mit. Der Nationalfeiertag ist eine völlig ironiefreie Veranstaltung und wird ebenso unpolitisch betrachtet. Alle können mittun, wird beteuert, doch er bleibt mir unverständlich. Die Norwegerinnen und Norweger sehen keine Verbindung zwischen Breiviks faschistischem Gedankengut und diesem patriotischen Weihnachten im Mai.

Vielleicht ist es diese Gelassenheit, die Norwegens souveränen Umgang mit den Anschlägen erklärt. Sowohl die Gelassenheit, dass anti-nationalistische Freunde von mir in Volkstracht die Verfassung feiern können, als auch, dass ein rechtsradikaler Massenmörder vor Gericht erstinstanzlich Recht bekommt und ihm Norwegen umgerechnet 40'000 Franken bezahlen muss. Auch wenn für mich das folkloristische Fahnenschwenken am 17. Mai seinen fahlen Beigeschmack wohl niemals verlieren wird, kann ich nachvollziehen, dass man seine demokratischen Grundwerte abfeiern will, wenn sie selbst eine Herausforderung wie das Breivik-Attentat unbeschadet überstehen. Es ist allerdings nicht so, dass Norwegen durch die Anschläge zu einer offeneren und toleranteren Gesellschaft wurde. In Oslo regiert inzwischen eine Minderheitenregierung einer Konservativen und einer Rechtspopulistin, und der einstige Menschlichkeitsverfechter Jens Stoltenberg ist inzwischen NATO-Generalsekretär. Doch währenddessen sammelt in der Schweiz die grösste Partei Unterschriften für die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Timo Posselt, 1991, studiert seit einem halben Jahr im norwegischen Bergen und bleibt noch bis Weihnachten.

Virus27 – eine hartnäckige Infektion

Die Infektion ist hartnäckig. Aber im Unterschied zu anderen Virusinfektionen möchte ich sie nicht loswerden. Nur gehöre ich offensichtlich einer Minderheit an. Das war mir – wenigstens in diesem Fall – so nicht bewusst. Das habe ich falsch eingeschätzt, in meiner Virusverblendung einfach nicht gemerkt.

Mit der Kantonszugehörigkeit hat das nichts zu tun. Der Ausserrhoder Kantonsrat hat dem Kredit für die Machbarkeitsstudie zur Expo2027 Bodensee-Ostschweiz im November 2015 mit 55 zu sieben Stimmen deutlich zugestimmt. Auch die Regierungen, die Parlamente und die meisten Parteien der Kantone Thurgau und St. Gallen befürworteten die Perspektive «Expo2027» als Chance für die Ostschweiz.

Anders das Stimmvolk. Das Abstimmungsergebnis vom 5. Juni gibt den Ruferinnen und Rufern recht, die das in seiner Frühphase naturgemäss noch vage Projekt als Kopfgeburt einer elitären dünnen Schicht von Politikerinnen, Intellektuellen, Planern und Künstlerinnen bezeichneten und für unnötig erklärten. Obendrein sei es zu teuer. Punkt.

Selbstkritisch muss ich gestehen, dass es uns Infizierten nicht gelungen ist, Sätze verständlich zu machen wie: «die technologische Pastorale der Ostschweizer Kulturlandschaft» sei ein Mosaik von verschiedensten Geschichten auf kleinstem Raum – oder: die Planung und Durchführung der Expo wolle «die Landschaft partizipativ weiterentwickeln und sie kollektiv mit neuen Geschichten versehen». Der Prozess wurde gestoppt, bevor die Inhalte nur in die Nähe der Menschen gelangen konnten, bevor das Virus kräftig genug war, eine Sprache zu finden, Emotionen zu erzeugen, Leidenschaften zu wecken und sich dadurch selbständig weiterzuverbreiten.

«Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer», dieser Satz aus Antoine de Saint-Exupérys *Die Stadt in der Wüste* leitet als Motto das Dossier zum Siegerkonzept mit dem anregenden Namen «Expedition27» ein. Die 27 bleibt für mich auch nach dem 5. Juni 2016 eine gute Zahl – und 2027 eine gute Perspektive. 2027 werden wir Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder uns daran erinnern, dass wir 30 Jahre zuvor unter anderem die Landsgemeinde abgeschafft hatten und in der Folge lange Zeit haderten mit unserer Identität. 2027 werden wir hoffentlich bereits auf über ein Jahrzehnt horizonterweiternder Diskussionen, Entwicklungen und Erfahrungen zurückblicken können.

Denn was das Virus27 in den letzten Jahren bei mir hervorgerufen hat, ist die Lust auf eine Perspektive, auf einen positiven Blick auf uns und unsere Stärken, auf die vielbetonten genauso wie auf die noch zu entdeckenden. Sowohl in der Kultur als auch in der Bildung und in der Wirtschaft haben wir etwas zu bieten. Vieles ist schon da – mancherorts fehlt es noch an der Sprache, um zu überzeugen und breiter zu infizieren. Gute neue Ideen sind ebenfalls vorhanden – und wer weiss, vielleicht gibt es ja eine Gruppe27, die sich Saint-Exupérys «Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer» zum Vorbild nimmt. Was es braucht, ist Mut, Vertrauen, Humor – und ganz viel Leidenschaft für die Besonderheiten unserer See-, Stadt- und Berglandschaft zwischen Basel, Zürich, Innsbruck, München und Stuttgart.

Heidi Eisenhut, 1976, ist Historikerin und Leiterin Kantonsbibliothek Appenzell Ausserrhoden.

Muss es denn immer Apéro sein?

Ja! Einfach nur ja.

In meinem kleinen Städtchen im Toggenburg finden bei allen politischen und gemeinschaftlichen Anlässen Apéros statt. Das ist hier nämlich unsere Kultur.

Nun stamme ich aus dem eher protestantisch geprägten Thurgau und dort besteht diese Kultur des Miteinanderfeierns nicht wirklich. Im Thurgau gibt es lediglich Komasaufen in Zelthallen zu grässlicher Schlagermusik oder aber steifes Butt-Plug-Cüpli-Anstossen an kulturellen Anlässen. Beides ist meine Sache nicht.

Nach einer Gemeindeversammlung gemeinsam anzustossen und den demokratischen Gruppenprozess zu feiern – oder zumindest feierlich anzugehen – finde ich eine sehr toggenburgerische Lösung. Vielleicht sollte dies nach jeder eidgenössischen Abstimmung Pflicht werden? Man trifft sich auf dem Gemeindeplatz, stösst mit Bier, Weisswein oder Mineralwasser an und feiert, dass man immer noch miteinander redet, auch wenn man konträr anderer Meinung ist und sich vielleicht lieber gegenseitig die Köpfe einschlagen möchte.

In meinem Städtchen kann ich tagsüber in ein Café oder ein Restaurant sitzen, in das Café Huber, die Taverne zur Krone, in den Ochsen, den Löwen, die Spanische Weinhalle oder aber ins Sommerbeizli, und ich bin nie alleine. In meinem Städtchen besteht eine Kultur des Miteinanderredens, des gemeinsamen Trinkens und Essens und vor allem: des Zusammenlebens.

Zusammenleben funktioniert in Zeiten der Landflucht etwas kompliziert. Menschen müssen ein gemeinsames Ziel haben, sonst verkommt soziales Leben zur Farce. Denn wenn man in seiner «Wohn»-Gemeinde lediglich das Auto parkiert, das Bett wärmt und brav seine Steuern bezahlt, statt dort wirklich zu leben, kann sich auch kein Gemeinsinn einstellen. Und dann fallen auch die Apéros weg. Was schade wäre.

Zora Debrunner, 1977, ist Fachfrau Betreuung und Autorin (u.a. *Demenz für Anfänger*).

Mit dem Zeppelin über das Expo-Land – im Jahre 1911. (Bild: Kantonsbibliothek Appenzell Ausserrhoden)

Unwetter ohne Ende

Vielleicht kann man sagen, dass wir in den grossen Zeiten der kleinen Visionen leben. In Marbach, dem Ort meiner Jugend, stimmten sie Anfang Juni darüber ab, ob eine Fusion mit der Nachbargemeinde geprüft werden soll. Keine Weltvision, aber eine Vision. Im Vorfeld der Abstimmung war es darum gegangen, wie die neue Gemeinde heissen würde und welches Wappen weiterleben könnte. «Hoptsach, da Fahna blibt», überschrieb ich die letzte Kolumne zu diesem Thema. Es war die Aussage eines alten Freundes.

Am Ende sagten 340 Leute Nein zu einer vertieften Prüfung, 347 sagten Ja. Ich hatte mit einem Nein gerechnet, und dann wurde es ein Ja, das sich wie ein Nein anfühlt. Eine Hälfte von Marbach will gar nichts wissen von einer Fusion, die andere Hälfte wartet mit im Geiste verschränkten Armen auf tiefere Erkenntnisse.

Im gleichen Zug stimmte das Rheintal auch über eine Ostschweizer Expo im Jahr 2027 ab. Es war schon eher eine Weltvision. Sie wurde verworfen. Als ich vom Resultat hörte, dachte ich an Toni Thoma, einen SVP-Kantonsrat, den ich im Laufe des Expo-Abstimmungskampfes besucht hatte. Toni Thoma hatte mich in seinem Copyshop in Niederuzwil empfangen und gleich losgelegt, damals: «Brauchen wir eine Expo? Brauchen wir als Ostschweizer ein gemeinsames Selbstbewusstsein, wie sie jetzt überall sagen? Nein. Ich glaube, es geht in eine andere Richtung: Der Rheintaler trinkt wieder sein Sonnenbräu, der St.Galler trinkt Schützengarten, der Appenzeller das Locherbier. Man dachte einmal, bald gebe es nur noch wenige Brauereien, jetzt haben wir so viele wie noch nie.» Toni Thoma fragt sich manchmal, so hatte er es mir erzählt, ob er völlig quer in der Landschaft stehe. Er kam mir vor wie ein Mann auf dem Rückzug, aber er ist nicht alleine.

Am Montag nach den Abstimmungen schrieb der Kommentator meiner Lokalzeitung: «Marbach sehr skeptisch». Es war auf die Fusionsabstimmung bezogen, aber die drei Wörter gelten auch als generelle Zustandsbeschreibung.

Marbach und Rebstein schafften es gleichentags sogar in die nationalen Zeitungen – unter Überschriften wie «Unwetter ohne Ende» oder «Blitz und Donner ohne Ende» berichteten sie nicht über die Abstimmung, sondern von überfüllten Kellern «in den Nachbardörfern Marbach und Rebstein». In den beiden Gemeinden lobte man die Arbeit der Feuerwehr – sie wurde vor Jahren fusioniert. Es war ein Projekt damals, keine Vision; darauf kann man sich noch einigen.

Samuel Tanner, 1991, ist Inlandreporter bei der «Basler Zeitung». Er wuchs im Rheintal auf und wohnt in Zürich Oerlikon.

Regime-Anhänger haben hier nichts zu suchen

Ein kürzlich erschienener UNO-Bericht erklärt, dass Eritrea für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich ist und empfiehlt, schutzsuchende Eritreer als Flüchtlinge einzustufen. Dass es in der Schweiz bürgerliche Politiker gibt, die sich trotz allem immer noch dagegen wehren, verstehe ich nicht: Gemäss UNO sind Sklaverei, Folter, aussergerichtliche Hinrichtungen, das Verschwindenlassen von Kritikern und Diskriminierungen an der Tagesordnung.

Erarbeitet wurde der Bericht von einer Untersuchungskommission, die 2014 vom UNO-Menschenrechtsrat geschaffen wurde, um Berichten über willkürliche Inhaftierungen und sexuelle Gewalt nachzugehen. Der erste kam 2015 heraus. Seither hat sich die Menschenrechtslage nicht verbessert und die Eritreische Regierung macht nach wie vor falsche Versprechen, um an EU-Hilfsgelder zu kommen. Eines davon ist, dass der Militärdienst auf 18 Monate gekürzt werden soll. Es blieb beim Versprechen.

Mich erstaunt es nicht, dass der Konflikt an der Grenze von Eritrea und Äthiopien nur eine Woche nach Erscheinen des UNO-Berichts wieder neu aufgeflammt ist. Was ist das für ein Zeichen? Ich glaube, dass die eritreische Regierung bewusst damit angefangen hat, um die Welt glauben zu machen, dass von Äthiopien immer noch Gefahr ausgeht. Letztlich soll es eine Rechtfertigung sein, weiterhin eritreische Staatsangehörige in den Militärdienst zu zwingen – was in Wirklichkeit Sklavenarbeit bedeutet, teilweise lebenslang. Ich jedenfalls glaube nicht an Zufälle.

Eine erfreuliche Nachricht gab es immerhin: Sieben Eritreer haben kürzlich ihren Asylstatus verloren, weil sie nach Hause gereist sind. Ich bin mir sicher, dass es sich dabei um Anhänger des Afewerki-Regimes handelt. Jemand, der sein Leben riskiert, um dem Regime und der Folter zu entkommen, reist nicht freiwillig zurück. Doch die Regimetreuen haben nichts zu befürchten, weil sie entweder mit dessen Erlaubnis hier sind oder sogar, um ihm zu dienen.

Das klingt vielleicht hart, aber meiner Meinung werden diese Leute zu Recht abgeschoben. Wenn sie schon nach Eritrea reisen und dort Ferien machen können, kann es ja nicht allzu schwer sein, dort zu leben.

Yonas Gebrehiwet, 1996, ist vor fünf Jahren aus Eritrea in die Schweiz gekommen. Er wohnt in Rorschach und ist Textiltechnologe.